

Helga Röller, Frankfurter Arbeitslosenzentrum

helga.roeller@freenet.de

Tel. mobil: 0152 - 53 84 7200

Helga Röller gehört zum Vorstand des Frankfurter Arbeitslosenzentrum e.V. (FALZ), seit 2015 Mitarbeit im Bündnis ‚AufRecht bestehen‘ (bundesweites Bündnis von Erwerbslosengruppen und Beratungsstellen) und ist als Grundsicherungsbezieherin mit Einkommens- und Konsumarmut vertraut.



AufRecht
bestehen

Das Frankfurter Arbeitslosenzentrum ist eine unabhängige Beratungsstelle mit den Schwerpunkten Beratung von Erwerbslosen, von Erwerbslosigkeit Bedrohten, von Überschuldeten sowie BezieherInnen von Grundsicherung. Es leistet Öffentlichkeitsarbeit gegen eine diskriminierende Sozial- und Arbeitsgesetzgebung und Verwaltungspraxis und unterstützt Zusammenschlüsse der bundesweiten Erwerbsloseninitiativen.

„Energieversorgung ist ein elementarer Bestandteil menschlicher Existenzsicherung!“

In die Sozial-, Rechts- und Schuldner:innenberatung des Frankfurter Arbeitslosenzentrums kommen immer wieder existenziell bedrohte Ratsuchende. Sie und die mit ihnen zusammenwohnenden Personen sind mit Mahnungen und Kündigungsandrohungen seitens der Energieversorgungsunternehmen konfrontiert. Dazu eine Äußerung aus einer Teambesprechung, diese Vorgänge: ‚[...] zählten zu den *grausameren* Beratungsfällen‘.

In den Fallbesprechungen mit dem Beratungsteam häufen sich die Fälle, wo Ratsuchende die eingehenden Rechnungen nicht (bzw. nicht mehr) bezahlen können. Dies belastet diesen Personenkreis immer öfter über einen langen Zeitraum.

Die wegen des Nichtbezahlenkönnens z.B. der stark erhöhten Jahresenergieabrechnung kontaktierten Behörden (Jobcenter, Wohnungsamt) leiten deswegen oft ein formales Verfahren ein wegen vorgeblichen oder tatsächlich überhöhten Verbrauchs. Im Raum steht der Vorwurf des sogenannten ‚unwirtschaftlichen‘ Verhaltens. Oft führt die dortige lange Bearbeitungszeit zu Mahnungen, Androhung von Stromsperrern und zu einer die Kosten weiter erhöhenden Stromsperrern seitens des Energieversorgers.

Die hohen Fallaufkommen in der Beratung belegen, dass der Betrag für Strom in den Grundsicherungsregelsätzen deutlich unter den tatsächlichen Stromkosten liegt. Dies führt zu sich summierenden Deckungslücken, weiter verschärft durch realitätsferne Warmwasserpauschalen.

Insgesamt haben sich die finanziellen Belastungen wegen der stark gestiegenen Preise und hier insbesondere für Energie dramatisch erhöht.

Der Versuch, mit dem Energieanbieter Ratenzahlungen zu vereinbaren, gelingt nur selten. Dafür spricht auch der Anstieg von Strom- bzw. Gassperrern in 2022.

Für Menschen mit Einkünften knapp oberhalb der Grundsicherung stellt sich zudem die Frage, wer für Hilfen zuständig ist. Manche müssen wegen der Erhöhung der Miete und der steigenden Energiekosten ergänzende Leistungen der Grundsicherung beantragen.

Ratsuchende berichten in weiteren Gesprächen, dass sie sich weit über den Zeitraum der Rechnungsbegleichung hinaus weiter belastet fühlen. Über das finanzielle hinaus klagen sie über psychologischen Stress, über Konflikte in Partnerschaft und Familie.